

Johann Saathoff

- (A) unterwegs sein will, wenn man auch mit Blick auf den Deich wunderbar arbeiten könnte.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt macht doch nicht die Großstädte auch noch schlecht!)

Und wir brauchen eine Mobilfunkversorgung. Ich kann den Menschen im ländlichen Raum einfach nicht erklären, warum man in Berlin mehrere Anbieter gleichzeitig hat, während man in Ostfriesland streckenweise überhaupt keinen Anbieter hat. Daran müssen wir arbeiten. Den Menschen muss transparent gemacht werden, dass wir dafür eine Lösung finden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir brauchen endlich bessere Rahmenbedingungen für den öffentlichen Personennahverkehr. Da müssen wir alle miteinander an einem Strang ziehen, auf kommunaler Ebene, auf Länder- und auf Bundesebene. Auch bei der medizinischen Versorgung müssen wir an einem Strang ziehen. Die Botschaft, dass es eine Medizin-App gebe und man eigentlich keinen Arzt brauche, kommt im ländlichen Raum nicht wirklich gut an.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Stephan Protschka [AfD])

Die Menschen, liebe Kolleginnen und Kollegen, folgen ihrem Arbeitsplatz. Deswegen brauchen wir mehr Breitband. Wir brauchen auch eine Förderung des Handwerks; denn wir müssen aufpassen, dass wir nicht nur landwirtschaftliche Grundprodukte produzieren, sondern auch die Veredelung vornehmen können. Das erst bringt Wertschöpfung und führt zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zu Entwicklung im ländlichen Raum.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im ländlichen Raum gibt es enorme Standortvorteile: gesunde Umwelt, weiter Blick. Die Menschen machen ja nicht umsonst Urlaub bei uns; sie würden auch gerne bei uns arbeiten, ohne Frage. Wir haben vernünftige Menschen, wir haben eine tolle Sprache, und wir haben vor allem grüne Energie im Überfluss. Industrie folgt Energie; das zeigt die Geschichte. Die Industrie muss bis 2050 einen Großteil ihrer Emissionen vermeiden. Grüner Strom ist dafür entscheidend. Ich glaube, dass das einer der zentralen Standortfaktoren der Zukunft für die ländlichen Räume sein wird.

Politik für die ländlichen Räume ist mehr als nur Politik für die Landwirtschaft. Wir Sozialdemokraten verstehen unsere Politik für die ländlichen Räume als Politik für alle Menschen, die in ländlichen Räumen leben, also auch, aber nicht nur für die Bauern. Indem wir die Bedürfnisse und Potenziale klar benennen, schaffen wir eine Grundlage für die Zukunft der ländlichen Räume, an der wir gemeinsam arbeiten wollen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

(C)

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/7028 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Zusatzpunkt 11. Der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/7029 soll ebenfalls an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse überwiesen werden. Die Federführung ist jedoch strittig. Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD wünschen Federführung beim Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, die Fraktion der FDP wünscht Federführung beim Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft.

Ich lasse zuerst abstimmen über den Überweisungsvorschlag der Fraktion der FDP, also Federführung beim Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Überweisungsvorschlag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den Überweisungsvorschlag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, Federführung beim Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Überweisungsvorschlag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

(D)

Ich rufe den Zusatzpunkt 12 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Gero Clemens Hocker, Frank Sitta, Carina Konrad, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Einhaltung von Tierschutzrecht wirksam und effizient kontrollieren

Drucksache 19/6285

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Dr. Gero Hocker für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In jeder Gesellschaft gibt es Kriminalität, in jedem Berufsstand gibt es schwarze Schafe. In Deutschland, wie in jedem anderen Land auch, werden Steuern hinterzogen, teilweise schwere Gewaltverbrechen begangen, Geschwindigkeitsbegrenzungen nicht eingehal-

Dr. Gero Clemens Hocker

- (A) ten. Aber niemand in diesem Hohen Hause würde akzeptieren, dass diese Straftaten von anderen aufgeklärt und verfolgt werden als durch Justiz, Polizei und die Strafverfolgungsbehörden. Das muss aber bitte sehr auch für Nutztierhalter gelten. Wir haben in den letzten Jahren immer häufiger die Situation, dass privatwirtschaftliche Organisationen, die durch niemanden befugt, ermächtigt oder autorisiert sind, glauben, hier rechtsstaatliche Mittel anwenden zu dürfen. Das können wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich als Freidemokrat sage ganz freimütig, weil uns ja häufig und gerne vorgeworfen wird, wir würden gerne alles privatisieren: Das geht in diesem Bereich nicht. Es kann nicht sein, dass hier eine Privatisierung des Rechts erfolgt. Das dürfen wir als Deutscher Bundestag nicht akzeptieren.

(Beifall bei der FDP – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo passiert das denn?)

Was passiert, wenn sich Unbefugte Zutritt zu landwirtschaftlichen Betrieben verschaffen, haben wir vor wenigen Tagen an einem sehr tragischen Beispiel zur Kenntnis nehmen müssen, als sich Unbefugte in Vreden in Nordrhein-Westfalen Zutritt zu einem landwirtschaftlichen Betrieb verschafft und dort – aus welchen Gründen auch immer – die Stromversorgung in dem Schweinemastbetrieb unterbrochen haben, woraufhin die Frischluftzufuhr nicht mehr funktioniert hat und 900 Tiere einen sinnlosen Tod gestorben sind. Es ist Aufgabe des Staates und es muss Aufgabe des Staates bleiben, die Tierschutzstandards und die Tierschutzgesetzgebung, die wir verabschieden, zu kontrollieren. Das darf niemandes anderen Aufgabe werden.

(B)

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der AfD sowie des Abg. Johann Saathoff [SPD])

Aus dieser Überzeugung ist der vorliegende Antrag entstanden. Wir fordern die effiziente Verzahnung von privatwirtschaftlicher und öffentlicher Kontrolle. Wir möchten gerne die Veterinärbehörden mit mehr Personal ausstatten. Wir möchten gerne bilaterale Verwaltungsvereinbarungen zwischen dem Bund und den 16 Bundesländern treffen, damit bundesweit nicht nur dieselben Tierschutzgesetzgebungen herrschen, sondern die Kontrolle auch nach denselben Standards erfolgt. Das ist uns über 140 Millionen Euro wert. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir unsere Behörden mit entsprechenden finanziellen und personellen Mitteln in die Lage versetzen müssen, die vielfältigen Aufgaben, die wir von ihnen verlangen und die sie in unserem Namen auszuüben haben, auch erfüllen können. Deswegen ist uns dieser Antrag so wichtig.

(Beifall bei der FDP)

Es geht uns schon lange nicht mehr allein um die Frage – das sage ich ganz ausdrücklich –, wie viel Sachschaden entsteht, wenn eine Stalltür aufgehebelt wird, und es geht auch nicht mehr in erster Linie um die Frage, ob der Straftatbestand des Hausfriedensbruchs erfüllt ist, wenn so etwas passiert, oder andere Straftatbestände einge-

führt werden müssen, wie das die Bundesregierung, wie es die Kollegin Klöckner vor einigen Monaten gefordert hat. Vielmehr ist unsere Überzeugung, dass das ein ganz wichtiges Element ist, um die Erosion des Vertrauens in die rechtsstaatlichen Institutionen in unserem Lande aufzuhalten und ihr entgegenzuwirken. Deswegen lade ich Sie herzlich ein, diesen Antrag wohlwollend zu begleiten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun die Kollegin Silvia Breher das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Silvia Breher (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben Ihren Antrag schon im Internet angekündigt mit den Worten: Tierrechtsaktivisten die Geschäftsgrundlage entziehen, staatliche Tierschutzkontrollen stärken. – Das liest sich erst einmal ganz schön, und ja: „Rechtsaktivisten die Geschäftsgrundlage entziehen“, da sind wir dabei, „staatliche Tierschutzkontrollen stärken“, da sind wir auch dabei. Aber irgendwo habe ich das schon einmal gelesen. Der Antrag, den Sie hier eingereicht haben – das haben Sie gerade ansatzweise ausgeführt –, bezieht sich auf ein Urteil des OLG Naumburg, in dem Tierrechtler vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs freigesprochen worden sind mit der Begründung, das Tierwohl stelle ein notstandsfähiges Rechtsgut dar. Jetzt schließen Sie daraus, dass mehr staatliche Kontrollen dieses Urteil verhindert hätten.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Nein! Wieso das denn?)

Also: Erstens. Ich kann nicht wirklich glauben, dass die FDP mehr staatliche Kontrollen fordert;

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Nein! Wir auch nicht!)

das an sich ist schon bemerkenswert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Stephan Protschka [AfD] – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Effizienter werden!)

Zweitens liegen Sie mit Ihrer Schlussfolgerung, die Sie hier gerade ausgeführt haben, dass mehr Kontrollen dazu führen, dass Tierrechtler kein Recht mehr haben, in Ställe einzubrechen, schlichtweg falsch. Das ergibt sich auch nicht aus dem Urteil des OLG. Vielleicht hätten Sie es lesen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nicht fehlende Kontrollen haben zu diesem Urteil geführt. Das Veterinäramt hat sogar mehrfach kontrolliert und diese Mängel mehrfach festgestellt, aber nicht reagiert. Am Ende ist es nur deshalb zum Freispruch gekommen, weil dem Veterinäramt eine Vertuschung der

(C)

(D)

Silvia Breher

- (A) tierrechtswidrigen Zustände unterstellt worden ist. Das Verhalten des Veterinäramtes ist überhaupt nicht zu billigen; aber mehr staatliche Kontrollen hätten diese Verurteilung nicht verhindern können.

(Beifall des Abg. Albert Stegemann [CDU/CSU])

An dieser Stelle möchte ich für unsere Fraktion noch einmal ganz deutlich betonen: Verstöße gegen den Tierschutz gehören aufgedeckt und zum Wohl der Tiere auch geahndet.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Breher, gestatten Sie eine Frage oder Bemerkung des Kollegen Hocker?

Silvia Breher (CDU/CSU):

Ja.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Vielen Dank, Frau Kollegin Breher, dass ich die Zwischenfrage stellen darf. – Sie haben eben gesagt, dass wir mehr Kontrollen fordern bzw. einführen wollen. Sind Sie bereit, mit mir festzustellen, dass dieser Antrag formuliert, dass die existierenden Strukturen effizienter gestaltet werden müssen und die verschiedenen Kontrollregime effizienter aufeinander abgestimmt werden müssen, und dass das Wesen des Antrags ist? Dass das erforderlich ist, sehen wir ja daran, dass es in den vergangenen Monaten in Bad Iburg und in Oldenburg massive Verstöße gegen staatliche Gesetze gegeben hat.

(Marianne Schieder [SPD]: Sie haben gerade geredet! Das muss doch reichen!)

Sind Sie bereit, mit mir gemeinsam zur Kenntnis zu nehmen, dass die Effizienz gesteigert werden muss, oder halten Sie das für falsch?

Silvia Breher (CDU/CSU):

Herr Kollege Hocker, es wäre schön, wenn Sie Ihren eigenen Antrag lesen würden. Darin steht: Wir wollen die Anzahl der Kontrollen von aktuell 6,789 Prozent auf 33 Prozent pro Jahr erhöhen und dafür 2 000 Veterinäre vorsehen – darauf komme ich gleich zu sprechen – bzw. umgerechnet 140 Millionen Euro mehr in den Haushalt einstellen. – Die anderen Verstöße, die Sie benannt haben, haben nichts mit Ställen zu tun.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Effizienz!)

Da geht es um Kontrollen in den Schlachthöfen, in denen es Auffälligkeiten gab. Das hat aber nichts mit Ihrem Antrag zu tun.

Ihr Antrag ist – das habe ich zitiert – bei Facebook angekündigt worden: Tierrechtsaktivisten die Geschäftsgrundlage entziehen, staatliche Tierschutzkontrollen stärken.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Ja!)

„Stärken“ – so haben Sie es ausgeführt – bedeutet mehr Kontrollen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Na ja!)

Unsere Fraktion ist der Meinung, dass Verstöße gegen den Tierschutz geahndet werden müssen. Am Ende gilt aber auch für Ställe: Ein Einbruch bleibt ein Einbruch, und ein Hausfriedensbruch bleibt ein Hausfriedensbruch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Kontrolle und Überwachung des Tierschutzes obliegt dem Staat und nicht privaten Initiativen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Liebe Kollegen von der FDP, genauer gesagt obliegt die Überwachung den Bundesländern und nicht der Bundesregierung. Das Verschieben der Verantwortung ist einfach, aber definitiv der falsche Weg. Die Verantwortung muss an der richtigen Stelle wahrgenommen werden.

Ich komme noch einmal auf Ihren Antrag zurück. Sie fordern verbindliche Kontrollintervalle. Jeder Betrieb soll demnach alle drei Jahre kontrolliert werden. Das wären nach meiner Rechnung 33,33 Prozent der Betriebe in einem Jahr. Wenn man dafür 140 Millionen Euro vorsieht, ergibt das umgerechnet 2 000 neue Veterinäre bundesweit.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Alles!)

Ich hoffe, Sie haben das einmal nachgerechnet. Wenn ich jetzt mit 14 600 Veterinären 6,4 Prozent der landwirtschaftlichen Schweinehaltungen überprüfen kann, kann ich zukünftig mit weiteren 2 000 genau 0,9 Prozent Betriebe mehr überwachen. Das ist weit weg von 33,33 Prozent. Ihre Rechnung geht also leider nicht auf. (D)

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Nach der dritten Zahl schaltet jeder ab!)

Auch wenn Ihr Antrag wirklich nett gemeint ist, kommt er doch zu spät; denn irgendwo habe ich das auch schon einmal gelesen. Erstens haben die Länder, die Sie ja hier in die Verantwortung nehmen wollen, ihre Hausarbeiten längst gemacht. In der Agrarministerkonferenz ist Ende September ein Beschluss exakt zur – aufgepasst! – „Stärkung der amtlichen Tierschutzkontrollen“ gefasst worden. Die Länder haben diesen Beschluss also schon gefasst. Dort steht: Besser, schlanker und effizienter sollen die Kontrollen werden – mit einer integrierten Risikobewertung, einer stärkeren Vernetzung der Datenquellen und einer Berücksichtigung privater Zertifizierungssysteme. Die Länder sind längst aktiv und brauchen Ihre Aufforderung nicht.

Zweitens haben auch wir in diesem Hohen Haus bereits am 29. November des vergangenen Jahres unseren Entschließungsantrag zum Tierschutzgesetz verabschiedet. Vielleicht können Sie sich erinnern: Sie haben sich enthalten. Wir müssen die Bundesregierung nicht mehr auffordern, etwas zu tun. Wir haben sie am 29. November aufgefordert,

in Zusammenarbeit mit Tierärzten, Tierhaltern, Wissenschaftlern und Vertretern von Fachverbänden

Silvia Breher

- (A) zu prüfen, ob und inwiefern vorliegende Daten im Zuge der Digitalisierung zur Verbesserung der Tiergesundheit genutzt werden können.

Die landwirtschaftlichen Betriebe werden eben nicht nur vom Veterinäramt nach dem Tierschutzgesetz kontrolliert, sondern auch von unzähligen weiteren privaten Initiativen. Es geht also nicht um noch mehr Kontrollen, so wie Sie es wollen, sondern um eine bessere Qualität und eine andere Art der Kontrolle. Das ist zukunftsgerichtet.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Ja, genau das steht da drin!)

Aber wissen Sie, Herr Kollege Hocker, was mich an Ihrem Antrag wirklich ärgert?

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Jetzt bin ich gespannt!)

Wie kommen Sie zu der pauschalen Unterstellung, dass soziale Notlagen in den Familien der Betriebsinhaber dazu führen, dass diese gegen Tierschutzgesetze und deren Auflagen verstoßen?

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Aber genauso ist es, Frau Kollegin! Die tun das nicht aus bösem Willen! Sie tun das, weil sie krank geworden sind!)

Dazu fällt mir wirklich nichts mehr ein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Lieber Herr Kollege Hocker, gut gemeint ist eben noch lange nicht gut gemacht.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Ja! Setzen, sechs!)

„Denken wir neu“ geht für uns ein bisschen anders.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Abgeordnete Peter Felser für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Peter Felser (AfD):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Verehrte Kollegen! Liebe Gäste! Heute geht es um Tierschutz. Es ist gut, dass wir darüber debattieren. Es ist gut, dass wir über die Einhaltung des Tierschutzes in der Nutztierhaltung in Deutschland sprechen. Recht und Gesetz – nicht nur auf dem Papier – einzuhalten, da sind wir grundsätzlich dabei, wobei es schon interessant wird, wie wir zu den zusätzlichen Beamten stehen.

Dass es Defizite beim Tierschutz gibt, ist offenkundig. Das zeigen nicht nur die Videos im Fernsehen, die immer wieder für großes Echo sorgen. Wenn manche Betriebe nach Auskunft der Regierung nur alle 48 Jahre kontrol-

liert werden – wie in Bayern –, dann ist dieses Defizit offensichtlich; darüber brauchen wir gar nicht zu reden. (C)

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Skandal!)

Es kann auch nicht sein, dass wir immer wieder nur von Straftätern, die in die Ställe einbrechen, darauf hingewiesen werden. Da bin ich bei Ihnen: Das lehnen auch wir strikt ab. Dagegen müssen wir vorgehen.

(Beifall bei der AfD)

Aber wir reden heute wieder nur über die Symptome einer falschen Agrarpolitik; das muss uns auch klar sein. Was haben sich unsere Bauern in den vergangenen Jahren nicht alle angestrengt! Sie haben sämtliche Prozesse optimiert, den Kuhstall digitalisiert, mit homogenen Futtermischungen das Letzte aus den Hochleistungskühen herausgeholt, um dann auf dem eingebrochenen Milchmarkt keinen anständigen Preis mehr für die Milch zu bekommen. Gleichzeitig soll und muss es den Tieren natürlich gut gehen. Das ist ein Wahnsinnskraftakt. Irgendwann ist dann mal auch bei unseren Landwirten das Ende der Fahnenstange erreicht.

Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, DLG, schreibt jetzt Bücher mit dem Titel „Landwirtschaft 2030“, Vision 2030, und kommt zu der Erkenntnis, dass es da noch den Verbraucher gibt, der eine artgerechte Tierhaltung will. Der Verbraucher will, dass der Tierschutz eingehalten wird. Eine riesige Schere tut sich auf zwischen unseren Betrieben auf der einen Seite und den Verbrauchern auf der anderen Seite, die in Zukunft noch mehr auf diese Dinge achten werden. Es ist also richtig: Wir müssen auf die Einhaltung der bestehenden Gesetze dringen, und wir müssen kontrollieren. (D)

Jetzt aber, liebe Kollegen von der FDP, reflexartig zu fordern, wie Sie es in Ihrem Antrag getan haben – und diese Forderung kommt auch von Amtstierärzten und Landespolitikern –, noch mehr staatliches Personal, noch mehr Beamte einzustellen, kann doch nicht die Lösung sein.

(Beifall bei der AfD)

Es ist die klassische Falle. In einer Krise noch mehr vom Gleichen zu fordern, hat noch kein marodes Unternehmen gerettet, sondern oft eher zur Insolvenz geführt.

Konkret fordern Sie 140 Millionen Euro vom Bund für die Länder für etwa 2 000 zusätzliche Amtstierärzte. Liebe Kollegen von der FDP, es gibt eigentlich einen echten liberalen, marktwirtschaftlichen Ausweg aus dieser Krise, und die Landwirtschaft hat es uns vorge-macht. Ein landwirtschaftlicher Markt, der weitgehend aus eigener Kraft großes Vertrauen der Verbraucher und ein funktionierendes Kontrollsystem mit hoher Transparenz aufgebaut hat, ist der Biomarkt. Wir reden jetzt nicht über Öko ja oder nein, Bio ja oder nein. Mir geht es um das Kontrollsystem innerhalb des Ökomarktes. Bei Biobauern ist gesetzlich vorgeschrieben, jedes Jahr zu kontrollieren und nicht nur alle 3 oder 48 Jahre. Und sie bezahlen ihre Kontrollen auch selbst, weil sie am Markt anständige Preise bekommen. Ein 40, 50 Hektar großer

Peter Felser

- (A) Betrieb mit Tierhaltung, Gemüseanbau, Direktvermarktung muss im Jahr ungefähr 800 Euro zahlen.

Es ist richtig, dass Sie im Antrag auch die Bürokratie beachten. Mit weniger Bürokratie wird es so aber nichts. Tierwohllabel – darüber diskutieren wir gerade auch auf der Grünen Woche –, andere Label, andere Kontrollsysteme des Lebensmittelhandels werden die Situation ohnehin in wenigen Jahren komplett verändern. Es werden viele nichtstaatliche Kontrolleure in den Betrieben sein. Es wäre also wirklich kurzsichtig, das bisherige ineffiziente System mit neuen Beamtenstellen zusätzlich aufzublähnen.

Was gar nicht geht – wir haben es gerade gehört, liebe Freunde; darüber müssen wir noch im Ausschuss reden –, ist, dass wir den Tierschutz davon abhängig machen, ob es dem Betrieb gerade gut oder schlecht geht. Tierschutzgesetze sind einzuhalten, egal wie es dem Betrieb gerade geht.

(Beifall bei der AfD)

Es ist auch hier Zeit für eine Wende. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns im Ausschuss weiter darüber debattieren.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Susanne Mittag für die SPD-Fraktion.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Susanne Mittag (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Morgen werden wieder Zehntausend Menschen auf den Straßen Berlins erwartet. Unter dem Motto „Wir haben es satt!“ demonstrieren sie gegen die Folgen der Intensivtierhaltung. Sie demonstrieren nachvollziehbar gegen ein ungerechtes Fördersystem aus Brüssel, das Tier- und Umweltschutz kaum berücksichtigt, obwohl es in den letzten Jahren immer wichtiger geworden ist. Sie demonstrieren gegen ein Festhalten am Gestern, obwohl viele Menschen, insbesondere viele junge Landwirte, schon längst in der Zukunft sind. Aber sie demonstrieren auch gegen einen Staat, der nicht gesetzesmäßige Tierhaltung und sich daraus ergebende Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nicht angemessen kontrolliert und bestraft.

Es ist die eine Sache, über gesetzliche Standards in der Tierhaltung zu diskutieren. Die andere Sache ist – darüber wird aber nicht diskutiert, das muss es aber offenbar –, dass diese Gesetze auch eingehalten und durchgesetzt werden. Ja, das ist ein Durchsetzungsproblem. Die Mängel in diesem Bereich sind aber sehr unterschiedlich gelagert, je nach Tierhaltungszahlen in den verschiedenen Bundesländern. Ein Beispiel: 2017 wurden in Niedersachsen 877 schweinehaltende Betriebe kontrolliert; Zahlen für 2018 liegen noch nicht vor. Bei 297 Betrieben wurden Mängel und Verstöße gegen das Tierschutzrecht gefunden. Es wird also kontrolliert. Bei jedem dritten

Betrieb wurden folglich Mängel festgestellt: nicht immer große, eine ganze Bandbreite, mal mehr, mal weniger. Aber gerechtigkeitshalber: Auch in Bayern wurden in jedem dritten schweinehaltenden Betrieb Mängel festgestellt. Dass natürlich Länder wie Bremen und Berlin geringere Zahlen aufweisen, ist nachvollziehbar. Betroffen sind aber nicht nur Tierhaltungsbetriebe, sondern auch Tiertransporte und Schlachtung. Es werden also andauernd Mängel festgestellt. Das hat wenig damit zu tun, ob es sich um große oder kleine Betriebe handelt. (C)

Die FDP fordert im vorliegenden Antrag, verbindliche Kontrollintervalle für alle Tierhaltungsbetriebe einzuführen. Alle drei Jahre soll der Betrieb in Augenschein genommen werden und nicht im Schnitt alle 20 Jahre. Das ist grundsätzlich eine gute Idee. Allerdings weiß auch die FDP, dass diese Forderung ganz gepflegt an der Realität vorbeiführt. Sie sind doch auch gelegentlich vor Ort. Es gibt vielfältige Ursachen für diesen Zustand. Es liegt nicht daran, dass die Veterinäre nicht kontrollieren wollen – meistens jedenfalls –, sondern es herrscht schon länger ein Nachwuchsproblem, auch bei Tierärzten im Nutztierbereich. Es gibt zwar immer mehr junge Veterinäre und Veterinärinnen, aber die spezialisieren sich nicht mehr auf Rind und Schwein, sondern auf Hund und Katze. Der ohnehin schon schwierige Vollzug des Tierschutzrechts wird also noch kniffliger. Mal bekommen auch Veterinäre keine Rückendeckung durch vorgesetzte Behördenleiter – das gibt es auch –, mal werden Stellen nicht besetzt. Auch in diesen Bereichen nehmen die Übergriffe auf die kontrollierenden Veterinäre zu; also ist es nicht unbedingt beliebt. Kommunen müssen also mehr Geld in Stellen investieren, damit mehr kontrolliert werden kann. (D)

Um unabhängiges Handeln zu gewährleisten, wie auch in anderen staatlichen Kontrollbereichen, ist – das finden wir von der SPD – ein Rotationsprinzip erforderlich. Richtig ist, dass im Rahmen einer Bund-Länder-Vereinbarung die Verbesserungen abgestimmt werden können und auch werden. Wenn wir hier mehr Stellen beschließen, dann muss der Bund sie auch bezahlen. Das weiß auch die FDP. Das nennt man Konnexität.

Interessant ist doch, dass ausgerechnet die FDP eine Dauerfinanzierung vom Bund von bis zu 140 Millionen Euro jährlich vorschlägt, obwohl ich den Eindruck habe, dass Sie doch eher den Rückzug staatlichen Handelns besonders im Wirtschaftsbereich präferieren und gerne auf Eigenkontrolle setzen. Dann würde mich einmal interessieren, wo Sie das Geld abziehen; denn wenn ich einen Finanzierungsvorschlag mache, dann kann ich auch wissen, wie ich das Geld investiere. Nur so ist es glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD – Frank Sitta [FDP]: 19 Milliarden Euro im Haushalt eingespart! Wir haben das Doppelte eingespart! – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Guckt doch einmal auf die Zahlen!)

Ganz entspannt: Neben den Kontrollen spielt aber auch die Durchsetzung von Gesetzen und eine einigermaßen beeindruckende Sanktionierung bei Gesetzesverstößen eine große Rolle. Ähnlich wie bei Kontrollbehörden sind

Susanne Mittag

- (A) auch Gerichte und Staatsanwaltschaften gelegentlich mit diesem Thema überfordert,

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Sehr richtig!)

sei es aufgrund von Personalmangel oder weil die nötige Expertise fehlt. Weil das Agrar- und Tierschutzrecht über die Jahre immer komplizierter geworden ist, steht am Ende oftmals die Einstellung des Verfahrens und hat sich für das Tierwohl nichts verbessert.

Das bundeseigene Thünen-Institut hat bereits 2015 Vorschläge vorgelegt, wie die Zusammenarbeit von Veterinärämtern und Justiz gestaltet werden kann. Es ist auch für Veterinäre wichtig, dass ihr Handeln positive und nachhaltige Folgen hat; denn es soll sich ja auch für sie etwas verbessern. Ob das Landwirtschaftsministerium diese Studie zur Kenntnis genommen hat, kann ich nicht sagen, aber dort wird aufgeschlüsselt, wie die Arbeit verbessert werden sollte. So müssen vermehrt Schwerpunktstaatsanwaltschaften geschaffen werden –

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

ein Vorbild kann Oldenburg sein, da gibt es nämlich schon eine –, die sich gezielt mit Tierschutzstraffällen auseinandersetzen. Das ist für das eine oder andere Verfahren immer sehr hilfreich gewesen.

Auch eine Erhöhung des Strafrahmens und eine Positionierung des Tierschutzrechts im Strafgesetzbuch werden genannt. Es wird bei einigen im Saal nicht unbedingt auf Gegenliebe stoßen, aber es ist notwendig, damit Tierschutz endlich nachhaltig ernst genommen wird

- (B)

(Beifall bei der SPD)

und nicht nur Wirtschaftsinteressen und Alterhergebrachtem unterliegt. Das wäre weiterhin nicht zukunftssträchtig.

Unbetrachtet bleiben in dem Antrag die digitalen Möglichkeiten, um Tierwohl besser kontrollieren zu können. Wir von der SPD haben einen Vorschlag. Den haben wir schon im Entschließungsantrag zur vierten Änderung des Tierschutzgesetzes eingebracht. Da heißt es, wie schon von Frau Breher zitiert worden ist:

... in Zusammenarbeit mit Tierärzten, Tierhaltern, Wissenschaftlern und Vertretern von Fachverbänden zu prüfen, ob und inwiefern vorliegende Daten im Zuge der Digitalisierung zur Verbesserung der Tiergesundheit genutzt werden können.

Alle Tiergesundheitsdaten liegen schon vor. Sie müssen nur zusammengeführt, vernetzt und ausgewertet werden. Dann finden Kontrollen gezielter und effizienter statt. Von dieser Möglichkeit ist unser Koalitionspartner leider bislang nicht so sehr überzeugt gewesen.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Immer die gleiche Leier!)

Ich habe Ihre Rede mit Begeisterung gehört, und offensichtlich scheint eine vergrößerte Zugeständnisbereitschaft vorhanden zu sein. Ich freue mich auf die nächste Verhandlung.

(C) Wir müssen also zeitgleich an mehreren Baustellen arbeiten und nicht nur an einer. Straf- und ordnungsrechtliche Verbesserungen sind ganz klar Bundesaufgabe. Ausbildung, Stellenaufbau und -besetzung sowie Stärkung des Berufsstandes sind Landessache. Die Intensivierung und Effizienzsteigerung der Kontrollen sind am Ende unser aller Aufgaben. Mit einer zielgerichteten Auswertung der Tiergesundheitsdaten aller Betriebe kann man das ein bisschen befeuern und Stellen einsparen. Wir haben schon mehrere Möglichkeiten zur Verbesserung. Das wollen wir anlässlich dieses Antrages im Ausschuss, und zwar zielorientiert, diskutieren.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Mittag. – Als Nächstes für die Fraktion Die Linke die Kollegin Dr. Kirsten Tackmann.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Der Antrag der FDP heißt „Einhaltung von Tierschutzrecht wirksam und effizient kontrollieren“. Wer will das nicht? Natürlich sind häufige Kontrollen sinnvoll. Wenn Probleme schneller aufgedeckt und korrigiert werden, nutzt das den Tieren. Kontrollen können auch die sie betreuenden Menschen sensibilisieren oder gegebenenfalls auch disziplinieren. Ob der Bund jetzt den Ländern dafür grundgesetzkonform Geld geben kann, da habe ich so meine Zweifel.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Hat er bei der Bildung auch!)

Aber darüber können wir reden. Auch über eine Ombudsstelle für notleidende Bauernfamilien, die Tierschutzauflagen nicht erfüllen können, können wir gerne reden.

Nur, mein Blick als Tierärztin auf die Realität zeigt: Das sind nur kleine und nicht einmal die wichtigsten Schritte, zumal die Frage ist, wo die zusätzlichen Amtstierärztinnen und -tierärzte herkommen sollen; es wurde gerade angesprochen. Wir haben nämlich auch in der Tierärzteschaft eine Fachkräftelücke, und die Rahmenbedingungen machen Tierschutzkontrollen jetzt wirklich nicht zum Traumjob.

Die Kontrollierenden stehen oft völlig allein zwischen allen Fronten. Vor sich haben sie die Tierhalterin, der das Geld für den besseren Tierschutz fehlt, weil sie selbst nicht anständig bezahlt wird. Im Rücken haben sie die Tierrechtlerin, die Dinge erwartet, die nicht im Gesetz stehen und deswegen nicht durchsetzbar sind. An ihrer Seite sollten eigentlich Gesetzgeber, Staatsanwaltschaft und Richterschaft stehen; aber da steht eben oftmals niemand. So macht der Job nicht nur wenig Spaß, sondern ist auch gefährlich geworden. Es gab tödliche Angriffe auf Kontrollierende, wie zum Beispiel im Havelland, und es gab auch Selbstmorde wegen Überforderung und weil

(D)

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) der Druck zu groß geworden ist. Insofern sage ich den vielen, die trotzdem tagtäglich vor Ort ihren Job machen, an dieser Stelle einmal Danke.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der AfD und der FDP)

Leider ist die Situation nicht neu. Das weiß man, wenn man einmal mit Kontrollierenden redet. Ich war zum Beispiel am Mittwoch beim Neujahrsempfang des Bundesverbands Praktizierender Tierärzte. Auch da habe ich sehr viele Geschichten gehört. Man kann es auch nachlesen: Die Studie des Thünen-Instituts aus dem Jahr 2015 ist hier schon erwähnt worden. Wir hatten damals gemeinsam mit der SPD ein Berichterstattergespräch initiiert, in dem die entsprechenden Befunde bestätigt wurden.

Als Probleme werden benannt, dass viele Tierschutzverfahren eingestellt werden, dass sie sehr lange dauern und dass die Strafen viel zu gering sind. Aber Kontrollen ohne Konsequenzen machen Gesetze wohlfeil, und sie erhöhen den Frust in den Behörden. Als Gründe werden wenig Interesse und auch wenig Fachkenntnisse in der Staatsanwaltschaft und auch in der Richterschaft benannt. Die hohe Arbeitsbelastung in den Veterinärbehörden führt zu Fehlern in Gutachten und Stellungnahmen. Mehr Kontrollen bedeuten also noch lange nicht besseren Tierschutz. Deswegen müssen wir da mehr tun.

- (B) In der Thünen-Studie wurden Vorschläge gemacht – ich will sie hier noch einmal hervorheben –: Fortbildung von Juristen, und zwar sowohl hinsichtlich der gesetzlichen Regelungen als auch hinsichtlich der Frage, welche Bedürfnisse und welches Schmerzempfinden ein Tier zum Beispiel hat. Auch die Konzentration von Tierschutzstraffällen bei Schwerpunktstaatsanwaltschaften und Schwerpunktrichterschaften ist ein sinnvoller Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Tierschutzgesetze aus dem Nebenstrafrecht ins Strafgesetzbuch zu holen und höhere Strafen vorzusehen, das sind Vorschläge, über die wir auch dringend reden müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ergänzend möchte ich hier auf ein paar Regelungsdefizite hinweisen. Zum Beispiel sind in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung nicht alle Tierarten enthalten, zum Beispiel keine Rinder, Schafe und Ziegen. Jähe Wendungen, wie zum Beispiel bei der Ferkelkastrierung, erschüttern das Vertrauen in uns als Gesetzgeber. Notwendige Änderungen, wie zum Beispiel beim Kastenstand, müssen schneller kommen. Unsinnige Regeln, wie zum Beispiel für Herdenschutzhunde, müssen zügig geändert werden und nicht erst Jahre später; –

(Beifall bei der LINKEN)

das ist ja immer noch offen. Wir brauchen nach meiner Überzeugung auch eine integrierte tierärztliche Betreuung von Nutztierbeständen.

Es gibt noch eine Möglichkeit, den Kontrollbedarf bei Nutztieren zu reduzieren, nämlich einfach nur die Tiere

zu halten, die man für eine gesunde Ernährung und eine regionale Versorgung vor Ort wirklich braucht. (C)

Ich freue mich auf die Diskussionen mit Ihnen im Ausschuss.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als Nächster für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Friedrich Ostendorff.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hocker, ich bin erstaunt. Als Bauernsohn bin ich damit aufgewachsen, Recht und Gesetz zu achten. Gerade Liberale waren bisher in meiner Wahrnehmung Hüter der Rechtsnormen.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nee! – Albert Stegemann [CDU/CSU]: Das waren wir! – Dr. Stefan Ruppert [FDP]: Das haben Sie richtig wahrgenommen!)

Viele große liberale Rechtspolitiker waren prägend für die Bundesrepublik. Ihr Rechtsverständnis, Herr Hocker, erschließt sich mir nicht. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt zur Kontrolle im Bereich Tierschutz. Ja, wir Bauern und Bäuerinnen nutzen unsere Tiere. Die Rahmenbedingungen festzulegen und zu kontrollieren, obliegt staatlichen Organen. Hier – nur hier! – liegt unsere Zuständigkeit, Herr Hocker.

Wird der Tierschutz, der im Grundgesetz verankert ist, ausreichend umgesetzt? Wir sagen: Nein. Sind geltende Gesetze ausreichend, um dem Verfassungsrang des Tierschutzes gerecht zu werden? Nein. Übernimmt die zuständige Ministerin hier Verantwortung? Auch hier sagen wir: Nein.

Es ist schwach, Herr Hocker, wenn Politik nur dazu da ist, der Branche zu gefallen

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: „Der Branche zu gefallen“? Es wurde ja gerade gesagt, dass wir zusätzliche Kontrollen einführen wollen!)

und hier billigen Populismus zu betreiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist aber auch schwach, wenn sich das BMEL nur darauf fokussiert, Freiwilligkeit auszuhandeln und Absichtserklärungen abzugeben. So macht es sich überflüssig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Friedrich Ostendorff

- (A) Hier verkommt das Ministerium in der Tat zum Sprachrohr anderer Interessen.

Aktuelle Berichte im „Spiegel“ und in der ARD haben uns doch gerade wieder einmal vor Augen geführt, was alles im Argen liegt. Ich glaube, es wird für uns alle Zeit, den Rücken gerade zu machen. Alle Insider unter uns hier im Saal wissen doch, dass Missstände gerade in Großtierhaltungsanlagen keine Einzelfälle sind. Das Ausmaß der Missstände zeigt doch immer wieder, dass wir als Politik gehalten sind, unsere Tiere besser zu schützen – jedoch nicht, weil wir durchgeknallte, überemotionale Tierfreunde sind, sondern weil es das Grundgesetz, liebe Kolleginnen und Kollegen, von uns verlangt. Es hat Verfassungsrang.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen dringend bessere Gesetze. Wir brauchen natürlich bessere Kontrollen. Wir brauchen wirksame Sanktionen. All das haben Vorredner schon gesagt. Dem gibt es nichts hinzuzufügen.

Das Tierschutzgesetz muss überarbeitet werden, damit es seinen Namen auch verdient. Existierende Haltungsvorgaben, vor allem hinsichtlich der Betreuung, sind zu verbessern. Ich habe gelernt – das war natürlich nicht gegendert –: Das Auge des Herrn mästet das Vieh. – Das bedeutete: im Sinne des guten, verantwortlichen Hirten. Für ein 110 Kilogramm schweres Schwein einen Dreiviertelquadratmeter Platz – das ist doch nicht angemessen, das können wir doch niemandem draußen erklären.

- (B) Erschreckend sind auch die Auswüchse, die gerade jetzt wieder durch eine Studie von Professor Sundrum deutlich geworden sind: Über 13 Millionen Schweine von rund 70 Millionen Schweinen pro Jahr erreichen die Schlachtstätte überhaupt nicht, weil sie vorher verenden.

Ställe müssen offen und tiergerecht gestaltet werden. Alle Tiere brauchen mehr Platz. Sie brauchen mehr Auslauf, Licht und Beschäftigung. Auffällig gewordene Betriebe müssen deutlich häufiger und vor allen Dingen ohne Vorankündigung kontrolliert werden. Der Austausch zwischen den Behörden muss verbessert werden. Alle tierschutzrelevanten Daten eines Betriebes müssen gebündelt werden. Schlachthofbefunde und Befunde aus Tierverwertungsanlagen müssen besser ausgewertet werden.

(Beifall der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Dann können wir eine risikoorientierte Kontrolle zukünftig besser verankern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege hat schon darauf hingewiesen: Es geht überhaupt nicht, dass nur alle paar Jahrzehnte kontrolliert wird. Es geht erst recht nicht, dass die Ergebnisse dann womöglich im Kreishaus in einer Schublade verschwinden. Sie müssen ausgewertet, sie müssen bewertet werden. Bessere Gesetzgebung und die Verbesserung der Kontrollen schaden der Branche nicht. Ganz im Gegenteil: Sie nützen ihr.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

(C)

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Moment. Ich bin sofort fertig.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Das finde ich auch.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Nach der Rede sind wir alle fertig!)

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie schützen diejenigen, die ihre Tiere anständig halten. Das Engagement für Tierschutz dürfen wir nicht weiter als Angriff auf uns Bauern betrachten, wie es so oft in den Reihen der Unionskollegen getan wird, sondern wir müssen sagen: Es ist ein Zukunftsargument, mit dem wir Verbraucherinnen und Verbraucher für unser Anliegen gewinnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich bitte wirklich alle Redner darum, sorgsam darauf zu achten: Ich gebe zehn Sekunden vor Schluss immer ein Lichtzeichen, dass es dem Ende zugehen soll. Wenn ich Sie auffordere, zum Ende zu kommen, bitte ich, das wirklich zu beachten. Das ist das Recht des Parlamentes ausweislich der Geschäftsordnung. Wir wollen uns doch an Recht und Gesetz halten, Herr Kollege.

Als nächster und abschließender Redner hat der Kollege Alois Gerig, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Alois Gerig (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich bemühe mich, in der Zeit zu bleiben. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schön, dass wir anlässlich der Grünen Woche gleich drei Debatten aus dem Agrarbereich hier im Deutschen Bundestag führen können. Das stärkt ein Stück weit die Branche und wertschätzt sie.

Lieber Kollege Ostendorff, mit einer solchen Rede fallen Sie Ihrem eigenen Berufsstand in großen Teilen in den Rücken, wenn ich das einmal sagen darf.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was war denn jetzt schon wieder falsch? Jetzt hast du nicht aufgepasst!)

Alois Gerig

- (A) Ja, hohe Tierschutzstandards, meine Damen und Herren, wollen wir alle. Das wollen insbesondere unsere Landwirte.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann macht mal!)

Ja, wir sind auch alle einer Meinung: Schwarze Schafe gilt es zu erkennen, zu benennen und auch zu eliminieren.

Der Antrag der FDP hat durchaus einige positive Aspekte. Er hat aber auch viele negative Ansätze, weshalb wir ihn ablehnen müssen, zum Beispiel die Forderung nach 140 Millionen Euro Bundesmitteln für Kontrollmaßnahmen. Originär zuständig für Kontrollen in Ställen sind die Bundesländer. Sie wollen diese Zuständigkeit auch überhaupt nicht abgeben. Wie die Kollegin Breher schon gesagt hat, hat die Agrarministerkonferenz beschlossen, dort Maßnahmen zu ergreifen, um diesem nicht zufriedenstellenden Zustand entgegenzuwirken. Deswegen ist es richtig, dass wir hier auch Forderungen nach mehr, nach besserer Kontrolle artikulieren – aber bitte dort, wo die Zuständigkeit ist.

Ja, ich bin auch dafür, dass die Kontrollen aus freiwilligen Systemen, die ja immer mehr werden – QS, Initiative Tierwohl –, unter Beachtung des Datenschutzes – das wird nicht immer einfach sein – vernetzt werden. Dass das in Arbeit befindliche Tierwohllabel nach seiner – davon bin ich überzeugt – erfolgreichen Einführung ein Ansteigen auch solcher freiwilligen Kontrollen nach sich ziehen wird, ist gut für die Verbraucher und gut für die Landwirtschaft, weil es auch dazu dient, gegenseitiges Vertrauen zu fördern und die Akzeptanz zu stärken.

(B)

Das Tierwohllabel muss natürlich ökonomischer Anreiz für die Landwirtschaft sein. Dann ist man dort in der Lage und bereit – auch das will ich deutlich sagen –, zusätzliche, höhere Standards im Stall und auf der Weide zu schaffen. An den Bauern scheitert dieses Label ganz sicher nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Da kommen die Verbraucher mit in die Pflicht, dass sie bitte schön ins richtige Regal greifen. Alle Verbraucher müssen lernen, dass sie es sehr wohl selbst in der Hand haben, mehr für Tierschutz zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich komme zu einem zweiten Thema, das sich aus dem Antrag ergibt. Illegale Stalleinbrüche sind in keiner Weise zu tolerieren. Diese Selbstjustiz durch radikale Tierschützer aus oft fadenscheinigen Gründen, um beispielsweise Spendengelder zu generieren, ist nicht akzeptabel. Das muss strafrechtlich verfolgt werden. Die Skrupellosigkeit – das wurde heute schon gesagt – der Aktivitäten gipfelt aktuell darin, dass man schon in mehreren Stallungen Strom- und Alarmanlagen gekappt hat und Tiere dort qualvoll sterben mussten. Solche Kriminellen müssen ermittelt werden und mit aller Härte des Gesetzes verfolgt und bestraft werden. Da darf die Justiz nicht nachlassen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C) Ich möchte noch ganz kurz die Gelegenheit nutzen, anlässlich der Grünen Woche, bei der das weltweite Who's Who der Agrarbranche in Berlin versammelt ist, ein großes Dankeschön an unsere Bäuerinnen und Bauern zu richten, die an 365 Tagen im Jahr mit Herzblut arbeiten, ihre Tiere lieben – auch das unterstreiche ich – und die Weltbevölkerung mit hochwertigen Mitteln zum Leben versorgen. Die Branche braucht mehr Wertschätzung – darum geht es; ich habe es schon einmal angesprochen – aus der Bevölkerung, aber auch Wertschätzung aus der Politik, und das unbedingt auch in ökonomischer, finanzieller Hinsicht. Sonst wird der Strukturwandel rasant weitergehen.

Wenn wir das berücksichtigen, ist mir bei allen globalen Herausforderungen, die wir haben, um die Zukunft der Ernährung unserer Weltbevölkerung nicht bange.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren – ich komme zum Schluss meiner Rede –, spenden Sie Ihren hoffentlich kräftigen Applaus jetzt nicht mir, sondern unseren Landwirten

(Heiterkeit bei der CDU/CSU, der AfD und der FDP – Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: „Applaus erschlichen“ nennt man das!)

aus Anlass der Grünen Woche, um ein Dankeschön zu sagen. – Ich bin am Ende.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege Gerig, herzlichen Dank. Ihre Mühe hat sich wirklich gelohnt. Sie waren punktgenau. Den Abschluss Ihrer Rede werde ich mir merken. Wenn man viel Beifall bekommen will, ist es immer gut, den anderen zu danken.

Damit sind wir am Ende der Aussprache, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 19/6285 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe und höre, das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Kai Gehring, Lisa Badum, Annalena Baerbock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ein Forschungsrahmenprogramm im Kampf gegen die Klimakrise

Drucksache 19/5816

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)
Ausschuss für Inneres und Heimat
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit